

Friederike Hertweck

Welche Politik führt zu besserer Bildung?

Das Bildungssystem ist das Fundament für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung und spielt somit eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit eines Landes. Die Qualität der Bildung hat weitreichende Auswirkungen auf das individuelle Wohlstandspotenzial und auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In einer zunehmend digitalisierten und globalisierten Welt sind gut ausgebildete Fachkräfte zudem von entscheidender Bedeutung für die Innovationskraft und die wirtschaftliche Stärke einer Nation. Ein starkes Bildungssystem fördert daher nicht nur das individuelle Potenzial von Kindern und Jugendlichen, sondern trägt in erheblichem Maße zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und zur nachhaltigen Entwicklung des gesamten Arbeitsmarktes bei.

Jedoch spiegeln die aktuellen Entwicklungen in den Ergebnissen der internationalen Schulleistungstests PISA oder auch der IQB-Bildungstrends, welche die Bildungsstandards von Schüler:innen in Deutschland messen, einen besorgniserregenden Rückgang des Leistungsniveaus sowie eine wachsende Ungleichheit im Zugang zu Bildungsressourcen wider. Das Bildungssystem wird darüber hinaus durch einen gravierenden Fachkräftemangel belastet, der sich sowohl im vorschulischen Bereich als Notbetreuungen als auch im schulischen Kontext in Form von Unterrichtsausfällen deutlich zeigt. Zusätzlich nimmt die Belastung der Lehrkräfte durch administrative Tätigkeiten, aber auch durch Unsicherheit im Umgang mit neuen Technologien wie z. B. ChatGPT zu. Angesichts dieser vielschichtigen Herausforderungen ist es erforderlich, bildungspolitische Maßnahmen zu entwickeln, die das Bildungssystem nachhaltig stärken. Datenbasierte Forschung und evidenzbasierte Ansätze aus internationalen Kontexten zeigen, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, Personalstrukturen zu optimieren, Lehrkräfte zu entlasten und Bildungsübergänge zu verbessern. Nur durch gezielte, fundierte Reformen kann das Bildungssystem zukunftsfähig gestaltet und die Bildungsungleichheit verringert werden.

Aktuelle Herausforderungen

Die Entwicklung des deutschen Bildungssystems über das vergangene Jahrzehnt lässt sich durch die Ergebnisse internationaler und nationaler Studien wie der erwähnten PISA- und IQB-Studie verdeutlichen. Die PISA-Studie 2022 der OECD zeigt einen signifikanten Rückgang der Mathematik- und Lesekompetenzen, der einem Verlust von bis zu einem gesamten Schuljahr gleichkommt. Besonders alarmierend ist, dass bis zu 30 % der getesteten 15-Jährigen in Mathematik die Mindestanforderungen nicht erreichten (OECD, 2023). Auch der IQB-Bildungstrend 2023 liefert ein ähnliches Bild und unterstreicht die Problematik einer bundesweit sinkenden Bildungsqualität (Stanat et al., 2023).

Diese negativen Entwicklungen werden von einem Mangel an Lehrkräften begleitet, welcher sich über die kommenden Jahre in einzelnen Bundesländern noch verschärfen wird (KMK, 2023). Gleichzeitig erfahren Lehrkräfte eine zunehmende Mehrbelastung durch administrative Aufgaben und haben somit weniger Zeit für ihre pädagogische Arbeit. Auch im frühkindlichen bzw. vorschulischen Bildungsbereich gibt es einen Fachkräftemangel, der nicht selten dazu führt, dass Kindergärten die Betreuungszeiten reduzieren oder nur „Notöffnungen“ anbieten, welche wiederum direkte Auswirkungen auf die Berufstätigkeit der Eltern und somit auf den Arbeitsmarkt haben. Zudem können mitunter Förderungen im Kindergarten nicht so umgesetzt werden, wie es mit mehr Personal möglich wäre, was zu einer Reduzierung der Qualität führen kann (Birkel-Barmsen, 2024).

Eine weitere ernstzunehmende Herausforderung ist das unzureichende Wissen zum individuellen Verhalten an Bildungsübergängen. Die Schulabbruchquoten steigen seit 2020 wieder an, sodass immer mehr junge Menschen aus dem Bildungssystem „verschwinden“. Auch ist aus der Bildungsforschung bekannt, dass sich an sehr frü-

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Friederike Hertweck, Ph.D., ist Wissenschaftlerin am RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.

hen Bildungsübergängen soziale Ungleichheiten festigen (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024). Dies betrifft nicht nur den Wechsel von der Grundschule auf die weiterführende Schule, sondern startet schon beim Besuch einer Kindertagesstätte (Hermes et al., 2021). Durch unvollständiges Wissen zu diesen Übergängen und eine noch schwache, wenn auch steigende Verzahnung der einzelnen Bildungsabschnitte bleibt teilweise unklar, wozu einzelne Aspekte des vorgelagerten Bildungsabschnittes langfristig führen bzw. wie die Bildung in einem Bildungsabschnitt die Erträge des nachfolgenden Abschnitts verbessern kann.

Und schließlich führen auch die großen Krisen unserer Zeit, wie die Nachwirkungen der Coronapandemie, die Klimakrise und der Krieg in der Ukraine bei Jugendlichen zu Unsicherheit. Bildungspolitik muss daher nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch Resilienzförderung und die Entwicklung sozialer Kompetenzen umfassen, um junge Menschen auf die Zukunft vorzubereiten.

Reformen der Ampelregierung

Die Ampelkoalition ist 2021 mit dem Ziel gestartet, das Bildungssystem umfassend zu reformieren und ein „Jahrzehnt der Bildungschancen“ einzuläuten (SPD, Bündnis 90/Die Grünen & FDP, 2021). Viele der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen wurden umgesetzt bzw. vorbereitet. So trat im vorschulischen Bildungsbereich zum 1. Januar 2025 das Gute-Kita-Gesetz in Kraft, das die Qualität der frühkindlichen Bildung unter anderem durch einen verbesserten Betreuungsschlüssel fördern soll. Im Bereich der schulischen Bildung soll zum einen mit dem Startchancen-Programm mehr Chancengerechtigkeit ermöglicht werden, indem der Einfluss der sozialen Herkunft auf Bildungserfolge verringert wird (BMBF, 2024). Zum anderen wurde im Dezember 2024 der Digitalpakt 2.0 zwischen Bund und Ländern beschlossen, der auf die Verbesserung der digitalen Infrastruktur an Schulen, die Fortbildung von Lehrkräften und die Entwicklung innovativer Lehrmethoden abzielt. Die Umsetzung steht jedoch unter dem Vorbehalt der Haushaltsentscheidung der künftigen Bundesregierung (KMK, 2024a). Und schließlich wurden Reformen in den Bereichen der beruflichen Bildung, der Hochschulbildung und der Weiterbildung eingeleitet – darunter die Änderungen des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), der Pakt für die beruflichen Schulen und die Weiterentwicklung der Nationalen Weiterbildungsstrategie. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Chancengerechtigkeit in allen Bildungsbereichen zu erhöhen und lebenslanges Lernen zu fördern. Letzteres wird als Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

und großer Transformationsprozesse betrachtet (Deutscher Bundestag, 2024).

Die Ampelregierung hat in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Initiativen zur Modernisierung des Bildungssystems und zur Förderung von Chancengerechtigkeit auf den Weg gebracht. Dennoch bleiben nicht nur der Fachkräftemangel, sondern auch Herausforderungen an Bildungsübergängen und die Einbeziehung neuer Technologien zentrale Herausforderungen.

Fachkräftemangel im vorschulischen und schulischen Bereich

Um den vielfältigen Anforderungen der heutigen Schulrealität – insbesondere im Bereich des Ganztags, der Integration Geflüchteter oder der Betreuung der technischen Infrastruktur – gerecht zu werden, müssen Schulen personell entsprechend ausgestattet sein. Dabei ist es nicht immer zwingend erforderlich, mehr Lehrkräfte einzustellen. In Ländern wie Kanada und Estland arbeiten beispielsweise multiprofessionelle Teams innerhalb der Schulfamilie so zusammen, dass entsprechend geschultes Fachpersonal besondere Aufgaben wie den Ausbau der technischen Infrastruktur oder die Auswertung von Daten zu Kompetenzen übernimmt (Hertweck, 2024). Dadurch werden Lehrkräfte von diesen Aufgaben entlastet, sodass mehr Zeit für die pädagogische und soziale Arbeit bleibt. Teilweise wird der Einsatz von multiprofessionellen Teams im Bildungsbereich schon explizit in den Wahlprogrammen erwähnt (unter anderem Bündnis 90/Die Grünen, 2025; FDP, 2024; SPD, 2025).

Ein weiterer Schritt zur Bekämpfung des Fachkräftemangels besteht in der Erhöhung der Attraktivität des Lehrberufs sowie in der Verbesserung der Studien- und Ausbildungsbedingungen für angehende Lehrkräfte und Erzieher:innen. Dieser Punkt hat, wie den Wahlprogrammen der meisten Parteien zur Bundestagswahl 2025 zu entnehmen ist, mittlerweile einen hohen Stellenwert auf der politischen Agenda. So wird etwa gefordert, die Ausbildungen für Erzieher:innen zu vergüten oder zumindest das Schulgeld abzuschaffen. Zudem wird teilweise angeregt, das Lehramtsstudium stärker in ein duales Studium zu überführen (FDP, 2024; Die Linke, 2025). Obwohl dieses Konzept von der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz teilweise kritisch betrachtet wird (SWK, 2023), wurden bereits seit dem Wintersemester 2024/2025 an einigen Hochschulen in mehreren Bundesländern erste duale Lehramtsstudiengänge eingeführt. Studierende erhalten nicht nur eine Vergütung für ihr Studium, sondern sammeln bereits ab dem zweiten oder dritten Semester als Assistenzlehrkräfte praktische Erfahrungen im Schulbetrieb.

Sinnvoller Einsatz von Künstlicher Intelligenz

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Bildungsbereich stellt eine bedeutende Chance dar, das Lernen und Lehren in Schulen innovativ und individualisiert zu gestalten – und somit auch Lehrende zu entlasten. Die Bildungsministerkonferenz verabschiedete im Oktober 2024 eine Handlungsempfehlung zum Umgang mit KI, die darauf abzielt, Schulen einen konstruktiv-kritischen Umgang mit diesen Technologien zu ermöglichen und deren Potenziale optimal zu nutzen. Diese Empfehlung markiert einen wichtigen Schritt, um KI als Teil der schulischen und unterrichtlichen Weiterentwicklung zu etablieren und gleichzeitig die notwendigen ethischen und datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen (KMK, 2024b).

Ein zentrales Einsatzfeld von KI in Schulen sind intelligente, tutorielle Systeme und adaptive Lernprogramme, die individuell auf die Lernbedürfnisse der Schüler:innen zugeschnitten sind. Diese Systeme können personalisierte Lernpfade entwickeln, die den Lernfortschritt überwachen und gezielt auf Schwächen oder Stärken eingehen. Sie bieten eine wertvolle Unterstützung, indem sie es Lehrkräften ermöglichen, mehr auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schüler:innen einzugehen, ohne dass sie dabei aufwendige personalisierte Lernpläne für jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler erstellen müssen. In Kombination mit anderen digitalen Werkzeugen, etwa im Prüfungs- und Korrekturbereich, kann KI zudem eine Entlastung für Lehrkräfte schaffen und die Qualität der Rückmeldungen und Bewertungen verbessern (Meurers, 2024).

Da die Entwicklung und Implementierung von KI-Systemen aufwendig und kostspielig sind, übersteigt dies häufig die Kapazitäten einzelner Bundesländer. Daher scheint es angebracht, dass auf nationaler Ebene gemeinsame Standards entwickelt und eine enge Kooperation innerhalb der Bildungsministerkonferenz etabliert wird. Nur durch Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen können die Potenziale von KI im Bildungssystem nachhaltig genutzt und gleichzeitig die damit einhergehenden gesellschaftlichen, ethischen und datenschutzrechtlichen Fragestellungen berücksichtigt werden. Einzelne Parteien haben den verantwortungsvollen Einsatz von KI im Bildungsbereich bereits in ihre Wahlprogramme aufgenommen (unter anderem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2025; SPD, 2025).

Kohärentes Konzept für Bildungsübergänge

Ein weiterer zentraler Lösungsansatz für die Verbesserung des Bildungssystems ist die verstärkte Betrachtung von Bildungsübergängen, also Phasen, in denen

Schüler:innen, aber auch junge Erwachsene, von einer Bildungsstufe zur nächsten übertreten. Diese Übergänge, wie etwa der Wechsel vom Kindergarten in die Grundschule oder der Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. das Studium, sollten nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Vielmehr muss ein durchgehendes, kohärentes Konzept entwickelt werden, das eine kontinuierliche Förderung ermöglicht und die Herausforderungen jedes Übergangs individuell adressiert.

Ein beispielhaftes Modell für die Wichtigkeit eines kohärenten Übergangs stellt die sprachliche Bildung dar. Kinder, die am Ende ihrer Kita-Zeit noch nicht ausreichend sprachlich gefördert wurden, haben oft Schwierigkeiten, in der Grundschule schnell und nachhaltig Anschluss zu finden und sich in den Unterricht zu integrieren. Ein kontinuierlicher Ansatz zur sprachlichen Förderung, der bereits in der Kita beginnt und bis zum Übergang in die Grundschule, wenn nicht sogar in die weiterführende Schule, fortgesetzt wird, ist notwendig, um Chancengleichheit zu gewährleisten und Kinder bestmöglich zu integrieren. Nicht umsonst steht die Integration der sprachlichen Bildung in den Kindergartenalltag (unter anderem Die Linke, 2025), verpflichtende Sprachtests (unter anderem FDP, 2024) oder ein verpflichtendes Kindergartenjahr zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen (unter anderem CDU & CSU, 2025) in den Wahlprogrammen zahlreicher Parteien.

Ähnlich bedeutend sind aber auch die Übergänge in den Arbeitsmarkt. Nicht nur die Zahl der Schulabbrecher:innen steigt kontinuierlich an, auch der weiterhin hohe Anteil an jungen Erwachsenen, die ihre Ausbildung oder ein Studium abbrechen, ist vor allem dann kritisch, wenn über den weiteren Verbleib bzw. die weiteren Bildungswege der Jugendlichen nicht viel bekannt ist. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist bedeutend, lautet er doch die langfristige Arbeitsmarktbeteiligung ein. Dieser Übergang ist aber oft mit fehlender Orientierung und Unsicherheiten verbunden.

Durchführung von Evaluationen und bildungsökonomischer Forschung

Ein weiterer wichtiger Ansatz zur nachhaltigen Stärkung des Bildungssystems besteht in der Integration von begleitenden Evaluationen bildungspolitischer Maßnahmen und somit einer stärkeren Verzahnung von Praxis, Wissenschaft und Politik. Dazu ist es notwendig, eine solide Datenbasis zu schaffen. Die Einführung einer Schüler-ID, wie sie von der CDU vorgeschlagen wird (CDU & CSU, 2025), könnte ein erster Schritt sein, um Bildungskarrieren nachverfolgen zu können. Ein bundesweites Bildungsverlaufsregister, das den gesamten Verlauf der formalen Bildung eines Schülers oder einer Schülerin dokumentiert,

würde es ermöglichen, Bildungsmaßnahmen langfristig zu verfolgen und ihre Auswirkungen auf verschiedene Bildungsergebnisse und berufliche Laufbahnen zu analysieren. Die Schaffung eines kohärenten Datenregisters, das eine fundierte, interdisziplinäre Forschung ermöglicht, würde nicht nur die Bildungsforschung bereichern, sondern auch eine klare Grundlage für die Entwicklung von Politikmaßnahmen bieten, die das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft nachhaltig fördern. Es könnte überdies in Betracht gezogen werden, neben flächendeckenden Leistungsstanderhebungen die Kinder und Jugendlichen auch zu ihrem Wohlbefinden zu befragen, ähnlich wie es bereits in Dänemark zur Stärkung der Resilienz praktiziert wird (Hertweck, 2024).

Auch die stärkere Integration von bildungsökonomischer Forschung in die bildungspolitische Debatte kann wertvolle Erkenntnisse darüber liefern, wie bildungspolitische Maßnahmen die langfristige Erwerbstätigkeit oder die Arbeitsmarktperspektiven der nächsten Generation beeinflussen. In diesem Zusammenhang sollte der Leitsatz „Bildungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik“ (Isphording & Zorn, 2024) noch stärker in der politischen Diskussion verankert werden. Konkrete Maßnahmen und Reformen im vorschulischen und schulischen Bildungsbereich wirken sich direkt auf die künftige Arbeitsmarktentwicklung aus; oft jedoch erst mit erheblicher Verzögerung. Daher ist es wichtig, dass Bildungspolitik nicht isoliert von arbeitsmarktpolitischen Zielen gedacht wird. Nur durch die Berücksichtigung dieser Wechselwirkungen kann eine nachhaltig erfolgreiche Bildungspolitik entwickelt werden, die sowohl den individuellen Bedürfnissen der Lernenden als auch den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht wird.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass eine effektive Bildungspolitik nicht nur auf kurzfristige Ziele ausgerichtet sein darf, sondern auf eine langfristige, evidenzbasierte Analyse und die enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis angewiesen ist. Nur so können Maßnahmen ergriffen werden, die sowohl die Bildungschancen für die Schüler:innen verbessern als auch den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden. Eine gut ausgerichtete Bildungspolitik kann aber nicht nur die Bildungschancen verbessern, sondern auch als integraler Bestandteil der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial- und Familienpolitik fungieren. Geringere Bildungsungleichheit und bessere Bildungsergebnisse haben nachweislich starke positive Auswirkungen auf zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen, wie Armut, Gesundheit und Kriminalität. Um die langfristigen Bildungsrenditen – sowohl monetär als auch nicht-monetär – präzise bestimmen zu können, ist eine engere Verzahnung von Bildungsdaten mit anderen relevanten

gesellschaftlichen Daten, etwa aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Gesundheit, von entscheidender Bedeutung (Hertweck et al., 2023).

Und schließlich führen die großen Krisen unserer Zeit, wie die Nachwirkungen der Coronapandemie, die Klimakrise und der Krieg in Europa, zu einem Gefühl der Unsicherheit bei Jugendlichen. Es wird zunehmend deutlich, dass Bildungspolitik nicht nur als eine Frage der Wissensvermittlung, sondern auch als eine Frage der Resilienzförderung verstanden werden muss. Eine moderne Bildungspolitik sollte daher nicht nur auf die fachliche Bildung abzielen, sondern auch die Entwicklung von Resilienz und sozialen Kompetenzen fördern, um junge Menschen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Auch das haben europäische Nachbarländer wie Dänemark bereits erkannt und führen zusätzlich zu Kompetenzerhebungen flächendeckende Befragungen zum Wohlbefinden der Schüler:innen durch (Hertweck, 2024).

Die Herausforderungen, vor denen das deutsche Bildungssystem steht, sind komplex und tiefgreifend und betreffen alle Bildungsstufen. Um nachhaltige Veränderungen zu bewirken, muss eine ganzheitliche Strategie entwickelt werden, die auf langfristige Reformen abzielt und die Strukturen des Bildungssystems nachhaltig stärkt. Eine Bildungspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle relevanten Akteure – von den Fachkräften im Bildungssystem über Politik und Wissenschaft bis hin zur Zivilgesellschaft – eng zusammenarbeiten.

Literatur

- Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung. (2024). *Bildung in Deutschland 2024*. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu beruflicher Bildung. wbv Publikation.
- Birkel-Barmsen, J. (2024). Zum Personalrekrutierungserfolg von Kita-Trägern: Der Einfluss von kollektiven Anreizen und Trägermerkmalen auf die Dauer der Stellennachbesetzung. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 27, 1447–1466.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung. (2024, 2. Februar). *Bund und Länder einigen sich auf Startchancen-Programm* [Pressemitteilung 4/2024].
- Bündnis 90/Die Grünen. (2025). *Zusammen wachsen*. Regierungsprogramm 2025.
- CDU & CSU. (2025). *Politikwechsel für Deutschland*. Wahlprogramm von CDU und CSU.
- Deutscher Bundestag. (2024, 12. Juni). 29. *BAföG-Reform beschlossen* [Kurzmeldung hib 410/2024].
- Die Linke. (2025). *Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander*. Wahlprogramm.
- FDP. (2024). *Alles lässt sich ändern*. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025.
- Hermes, H., Lergetporer, P., Peter, F. & S. Wiederhold. (2021). Behavioral barriers and the socioeconomic gap in child care enrollment. *IZA Discussion Paper*, 14698.
- Hertweck, F. (2024). *Datengestützt zum Erfolg: Internationale Beispiele für eine evidenzbasierte Transformation des Bildungssystems*. Vodafone Stiftung.

- Hertweck, F., Isphording, I. E., Matthewes, S., Schneider, K. & Spieß, C. K. (2023). Bildungsdaten: Datenlücken durch ein Bildungsverlaufsregister schließen. *Wirtschaftsdienst*, 103(11), 733–736.
- Isphording, I. E. & Zorn, D. (2024). Bildungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik. *Wirtschaftsdienst*, 104(8), 524–526.
- KMK – Kultusministerkonferenz. (2023, Dezember). Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2023 – 2035 – Zusammengefasste Modellrechnungen der Länder. *Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation*, Nr. 238.
- KMK – Kultusministerkonferenz. (2024a, 13. Dezember). Gemeinsame Erklärung zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Konferenz der Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder für einen Digitalpakt 2.0.
- KMK – Kultusministerkonferenz. (2024b). *Handlungsempfehlung für die Bildungsverwaltung zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz in schulischen Bildungsprozessen*. Beschluss der Bildungsministerkonferenz vom 10.10.2024.
- Meurers, D. (2024, März). KI-Methoden für konkrete Herausforderungen in der Bildung: Effektives Fördern und Fordern ermöglichen. *Analysen & Argumente*, 527. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- OECD. (2023). *PISA 2022 results (Volume I): The state of learning and equity in education*. OECD Publishing.
- SPD. (2025). *Mehr für dich. Besser für Deutschland*. Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025. Beschlussfassung vom außerordentlichen Bundesparteitag 2025 am 11. Januar 2025.
- SPD, Bündnis 90/Die Grünen & FDP. (2021). *Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.
- Stanat, P., Schipolowski, S., Schneider, R., Weirich, S., Henschel, S. & Sachse, K. A. (Hrsg.). (2023). *IQB-Bildungstrend 2022: Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich*. Waxmann.
- SWK – Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz. (2023). *Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht [Gutachten]*.

Title: Which Policy Leads to Better Education?

Abstract: The education system is crucial for individual and social development and a country's competitiveness. Current studies show a decline in the quality of education and growing inequality. Challenges such as a shortages of skilled labour and high workloads for teachers, combined with inadequate educational transitions, are exacerbating the situation. The coalition government has introduced reforms, including the Good Childcare Act and the Digital Pact 2.0, but implementation remains difficult. Future measures must focus on innovation, AI integration and coherent educational transitions in order to promote equal opportunities and resilience.